

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lebhaft gesetzte Zeitung oder deren Raum 35 Pf., Verlautnahmen-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, höhere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Donnerstag, den 10. Januar 1918.

25. Jahrg.

Kriegsverlängerer draußen und drinnen!

In letzter Zeit scheint auch die Friedensbewegung in England in den Volksmassen einen immer größeren Anhang gewonnen zu haben. Das zeigte sich auch auf der letzten Tagung der Arbeitervertreter, auf der eine neue Bekanntgabe der Kriegsziele verlangt wird. Das hat offenbar Lloyd George veranlaßt, die Gewerkschaftsführer zusammenzubufen und längere Ausführungen über die Kriegsziele zu halten. Der langen Rede füger Sinn ist der, daß Lloyd George nicht daran denkt, sich zu einem Verständigungsprediger mit Deutschland bereit zu erklären. Trotzdem den englischen Ministerpräsidenten die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen darüber belehrt haben müßten, daß Deutschland nicht niedergezungen ist, hält er an Kriegszielen fest, deren Erfüllung eine Demütigung Deutschlands bedeuten und die sich unser Land nur gefallen ließe, wenn es vollständig zu Boden geworfen wäre. Er erklärt großmütig, daß es nie die Absicht Englands gewesen wäre, Deutschland zu zerstören, was sich freilich nicht mit den von den Engländern gebilligten französisch-russischen Zerstörungsplänen in Einklang bringen läßt, die ebenfalls u. a. darauf hinzielten, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen. Wie aus seinen Ausführungen hervorgeht, will Lloyd George noch immer Deutschland Elsaß-Lothringen nehmen, die Türkei gewaltiger Gebiete berauben und große Landesteile von Österreich-Ungarn zugunsten Rumäniens und Italiens abtrennen. Deutschland soll auch seiner Kolonien beraubt werden, in die sich dann auf dem Friedenkongress unter Lloyd Georges Leitung die Entstädler teilen könnten. Der englische Ministerpräsident kommt wieder mit der lächerlichen Redensarten an, daß mit Rücksicht auf die eingeborene Bevölkerung Deutschland seine Kolonien genommen werden müßten. Und das sagt der leitende Staatsmann eines Landes, das unzählige fremde Völker unterworfen hat und das den Teufel danach fragt, ob die Unterworfenen mit der englischen Herrschaft einverstanden sind oder nicht.

Bemerkenswert an seiner Rede ist aber vor allem, daß er Deutschland mit einer Unterbindung seiner Rohstoffzufuhren droht und so dem deutschen Volke auch nach dem Kriege die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Fortentwicklung und einer erträglichen Existenz rauben will. Es braucht nicht erst gefragt zu werden, daß es in Deutschland niemand geben wird, der bereit sein würde, unter den von Lloyd George aufgestellten Bedingungen Frieden zu schließen und so wird die Welt das starre Festhalten der leitenden Staatsmänner der Westmächte an ihrer der für Deutschland so günstigen militärischen Lage doppelt unsinnigen Kriegsziele noch mit schweren Blutopfern bezahlen müssen.

Natürlich nicht Lloyd George auch den Zwischenfall aus, der sich bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen ereignet hat. Er behauptet, daß es die Absicht „Preußens“ sei, in irgendeiner Form sich die westlichen Gebiete Russlands anzugliedern. Das zeigt, wie sehr durch die Fehler, die von den deutschen Vertretern in Brest-Litowsk gemacht worden sind, der Sache Deutschlands geschadet worden ist. Es ist den leitenden Staatsmännern der Entente ein bequemes Mittel in die Hand gegeben, um bei ihren Völkern den Haß und das Misstrauen gegen Deutschland wieder stärker zu entfachen. Das bestätigt aufs neue, wie notwendig es ist, daß Deutschlands Vertreter in Brest-Litowsk und Deutschlands Regierung durch ein klares und unzweideutiges Festhalten an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Ostgebiete den Schaden wieder gutmachen, der durch die Erklärung vom 28. Dezember angerichtet worden ist.

Der Reichskanzler hat nun im Hauptausschuß erklärt lassen, daß er an dem Grund des Selbstbestimmungsrechts festhält. Der Redner unserer Fraktion, Scheidemann, hat unzweideutig erklärt, daß wir willens sind, den allerschärfsten Kampf gegen die Leute aufzunehmen, die durch ihre unsinnigen Eroberungsziele den Weg zum Frieden mit Russland sperren wollen, und die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung, wie selbstverständlich ist, die Haltung unserer Vertreter im Hauptausschuß ausdrücklich gebilligt. Sie kann sicher sein, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr steht. Ein Aufatmen ist durch das deutsche Volk gegangen, als die Meldungen kamen, die uns die Aussicht eröffneten, daß wir wenigstens nach einer Seite hin die Beendigung dieses furchtbaren blutigen Krieges erreichen könnten. Die größte Empörung muß die Massen des deutschen Volkes ergreifen gegen die Leute, die mit allen Mitteln versuchen, den angebahnten Friedensweg ungangbar zu machen.

Gewiß, es gibt Kreise in Deutschland, denen der Krieg nicht so schwer erträglich erscheinen mag, wie der großen Mehrheit des Volkes. Ein Blick in die Zeitung belehrt uns, daß sehr viel Industrieunternehmungen Erträge erzielt haben, wie noch nie zuvor. Wir wissen, daß eine Reihe unserer Mitbürger in der glücklichen Lage war, im Krieg ihr Vermögen bedeutend zu vermehren.

Wir sehen, daß viele Erzeuger das Biessche von dem für ihre Produkte erhalten, was sie im Frieden bekamen. Es ist schließlich begreiflich, daß diese Schichten es mit der Beendigung des Krieges nicht so eilig haben und daß dort die Eroberungsphantasien unserer Aldeutschen ein-

williges Ohr finden. Aber die Volksmassen, die so unendlich schwere Opfer gebracht haben, und die täglich Schweres dulden und leiden müssen, haben ein Recht darauf, daß der Krieg nicht einen Tag länger geführt wird, als es zu unserer Verteidigung unbedingt notwendig ist.

Die annexionistische Presse hat es besonders auf den Staatssekretär von Kühlmann abgesehen, der sich in Brest-Litowsk nicht zum Sprachrohr ihrer Eroberungsziele gemacht hat. Die konservative „Kreuzzeitung“ meint, daß der Staatsmann, der unserem Vaterland die nach ihr notwendige Grenzsicherung nicht verschaffe, mit Schimpf und Schande seines Amtes entthoben werden müsse, und die „Deutsche Zeitung“ spricht von einer Salsinge, die Herr von Kühlmann geknüpft habe und die nun um unseren Hals zugezogen werden solle. Man sieht, die Herrschaften arbeiten mit Hochdruck, und sie scheinen auch der Meinung zu sein, daß es ihnen doch noch gelingen werde, ihre Absichten durchzusetzen. In einem geheimen Rundschreiben des Vorsitzenden des Landesvereins der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz ist, wie bereits gemeldet, ein Telegramm des Herrn von Tirpitz abgedruckt, in dem es unter anderem heißt, bei

der Hauptleitung der Vaterlandspartei besteht der Eindruck, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet seien.

Die Sozialdemokratie und mit ihr alle, die die wirklich wahren Interessen des deutschen Volkes vertreten, werden also auf der Hut sein müssen, damit es den aldeutschen Herrschäften nicht gelingt, die im Osten entstandene Feindsflamme wieder zu entzünden. Unauslöschliche Schmach würde es über das ganze deutsche Volk bringen, wenn es dahin käme, daß Deutschland den Russen das einmal gegebene Wort nicht hielt, wenn Deutschland durch allerhand Winkelzüge sich darum herumzudrehen verachtete, den von ihm anerkannten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker uneingeschränkt zur Geltung kommen zu lassen. Das deutsche Volk will nicht und kann nicht wollen, daß, damit den aldeutschen Schreieren der Wille getan wird, der auch in Jahrzehnten nicht abgetragen werden könnte. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen recht klar, daß unsere Oberster zu den gefährlichsten Feinden des deutschen Volkes gehören. Es müssen alle Kräfte angespannt werden, um ihre Pläne einzufangen zu machen.

Neues aus Brest-Litowsk

Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Busche hatte gestern abend die Führer der Reichstagsparteien zu einer Besprechung zu sich gehaben. In dieser Zusammenkunft machte er Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, und zwar über unser Verhältnis zu Utria und die Unterhandlungen unserer Vertreter mit deren Delegierten.

Bessere Aussichten.

Die „Pravda“, das Organ Trockys, berichtet, daß die Aussichten für einen befriedigenden Abschluß der Friedensverhandlungen sich wieder verbessert haben. Trotsky verfüge über sämtliche Vollmachten, um einen Frieden zu schließen. Der voraussichtlich am 18. Januar zusammentretenden Konstituante würden positive Ergebnisse vorgelegt werden können.

Warum wollen die Bolschewiki nach Stockholm?

Nach einer Meldung der „Nat.-Btg.“ hat Trotsky im Zentraloswjet erklärt, er habe von den sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens die Mitteilung erhalten, es bestünde Aussicht, daß die Entente-Regierungen in einer Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu bezwingen wären, wenn diese an einem neutralen Orte fortgesetzt würden. Die sozialistischen Gruppen der Entente arbeiten mit Hochdruck, um die letzten Widerstände gegen die Teilnahme ihrer Regierungen an den Verhandlungen zu beseitigen.

Sobald sich die Ententeregierungen zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen bereit erklären, ist ihre Versetzung an einen neutralen Ort eine Selbstverständlichkeit. Bis jetzt liegen jedoch ernste Anzeichen, daß eine solche Beteiligung beabsichtigt sei, nicht vor.

Heute gegen die Friedensverhandlungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Den verbreitet folgende phantastische deutsche Friedensbedingungen: Auslieferung der schweren Artillerie an Deutschland und der Schwarze Meer-Flotte an die Türkei; das Recht Deutschlands auf zollfreie Einfuhr fünfzehn Jahre; alle von England und Frankreich nach Russland einzuführenden Waren müssen über Deutschland gehen; Demobilisierung aller mit Artillerie operierenden russischen Truppen; keine Einmischung Russlands in die Angelegenheiten zwischen den Mittelmächten und den Alliierten, auch nicht bei der Regelung der bulgarischen und serbischen Fragen; Deutschland darf im Bedarfsfalle leichte Artillerie in Russland erwerben.“

Ahnliche Phantasiegebilde wurden bereits mehrfach von autoritativer Seite als böswillige Erfindungen gekennzeichnet. Auch die neueste Meldung des „Dien“ soll natürlich nur dazu dienen, die Friedensverhandlungen zu stören.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg überbrachten am 25. 12. 1917 die russischen Stellungen auf der Chaussee Kowno-Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und fuhren mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeiträume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Die Waffenstillstands-Kommission Dünaburg ist in ihrem Bereich, d. h. von der Ostsee bis zur Düna, auf Grund des Punktes 7 des Vertrages in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen

Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. 12. zusammengetretene Kommission bereits über die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgezeichneten Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorbesprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbördern konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnschulen beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna-Dünaburg stattfinden.

Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegengesetzter Weise geführt.

Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bestrebt, unäre Feldgräben in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden.

Willens Friedensziele.

WTB Washington, 8. Januar. Neutermeldung. Willens überbrachte heute im Kongreß eine Botschaft, worin es heißt: Wiedermal, wie schon wiederholt vorher, haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für den allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk fanden Gespräche zwischen den Vertretern der Mittelmächte statt, auf welche die Eigentümlichkeit aller Kriegshabenden gelenkt wurde, zu dem Zwecke, festzustellen, ob es möglich sei, diese Gespräche zu einer allgemeinen Friedenslösung zu verwerten. Die Vertreter Russlands haben nicht allein eine festumrissene Darlegung des Grundsatzes auf welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundsätze vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legen ihrerseits Grundsätze zu Vereinbarungen vor, die wenigstens weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig sind, bis sie ein eingehenderes Programm mit positiven Bedingungen zufügen. Dieses Programm brachte keinerlei Zugeständnisse, weder für die Souveränität Russlands, noch zugunsten der Völker, um deren Gesicht es sich handelt. Es bediente, fügt gezeigt, daß die Mittelmächte bedenkenlos, jeden Fußbrett Landes, das ihre bewaffneten Männen bedient, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorstellbaren Punkt als dauernde Wahrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten. Es ist eine berechtigte Vermutung, daß die allgemeinen Grundsätze der Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberalen Staatsmännern Deutschlands und Österreichs herührten, jenen Männer, die die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu föhren begonnen haben, während die konkreten Bedingungen für eine tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern waren, die keine anderen Gedanken haben, als zu behalten, was sie besaßen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter Russlands waren artifiziell und konnten von sich solche Vorstellungen von Eroberungszug und Vorkriegschaft nicht in Erwägung ziehen. Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutsam, aber auch sehr verwirrend. Mit wem haben es die Vertreter Russlands eigentlich zu tun? In welcher Name sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheit der Volksvertretungen oder für die Minderheitspartei, für jene militärisch-imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Gelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gewonnen haben, an dem Kriege teilzunehmen, beherrscht hat? Wem haben wir nun also zugehört? Japan, die im Heile und nach den Absichten der Enttäuschung des deutschen Reichstages vom 19. Juli vergangenen Jahres sprachen, oder jenen, die den Gesetz und die Absichten auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern, oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem Konflikt gegenüberstehen? Das sind sehr erstaunliche Zeichen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt. Aber was auch das Ergebnis der Verhandlungen ist, Brest-Litowsk ist und welche Schluß man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte ziehen möglicht, sie haben die Welt mit ihren Friedenszielen bekanntzumachen, die nicht und ihre Gegner herausfordert zu sagen, was deren Zielen sind und was für eine Auseinandersetzung in der Welt und die

Allerlei Kriegsnachrichten.

Das Austauschverfahren.

Der erste Transport der deutschen Austausch-Gefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. 7. 1917 trifft wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland ein. Darunter wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden“, Fregattenkapitän Karl v. Müller, befinden.

Es wäre nun zu wünschen, daß die Verhandlungen auf Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den Kriegführenden fortgesetzt würden, damit die jahrelang in Gefangenschaft schmähenden endlich bereit werden.

Die Särmung in Portugal.

Nach Meldungen der „Agence Havas“ aus Lissabon brachen am 8. Januar dort neue Marineuntersuchungen aus. Das Kriegsschiff „Vasco de Gama“, das gegenüber Lissabon ankerte, befand sich die St. George teste. Die Festung erwähnte und brachte das Schiff zum Schweigen. Die Besatzung des „Vasco de Gama“ hielt darauf die weiße Flagge und ergab sich. Die Mannschaft wurde an Land gebracht und entzogen gestellt. Ebenso ergab sich die Besatzung des Kreuzers „Douro“, der keinen Kanonenbeschuss abgab. Die in ihrer Karriere zurückgebliebenen Marinemannschaften ergaben sich den Streitkräften, die der Regierung treu blieben. „Sidonio Pais“ berührte die Truppen, die in der Nähe von Alcantara liegen. Marinenkaserne und Marineamt sind militärisch belegt. Es herrscht augenblicklich vollständige Ruhe. Der Verkehr der Stadt wird wieder normal. Die Regierung erkläre alle Untertanen, die Demokraten angestellt hätten, um sich mit Gewalt der Herrschaft zu bemächtigen, zu kennen. Es seien Maßregeln ergriffen worden, um die Lebensmittelsteuerung und den Mangel an Nahrungsmitteln zu verhindern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei einem Verständigungskreis — keine Kaiser-Geburtsfeier!

Die Ostelbier werden die politische Erziehung ihrer schwerindustriellen Bewunderer bald als vollendet anscheinen können. Wir wissen aus zahlreichen Beispielen, daß den Herren Junkern ihr Patriotismus, ihre Unabhängigkeit an das Herrscherhaus, ihre Loyalität und wie diese von ihnen so hoch gepriesenen Tugenden heißen mögen, immer nur Handelsobjekte zum Eintausch höchst praktischer und nützlicher Dinge gewesen sind. Unvergessen ist das junferliche Wort: „Kein Kaniz, keine Kähne!“, das besagte, man werde eine angekündigte Flottenvorlage nur bewilligen, wenn die Regierung den Antrag Kaniz annähme, der den Ostelbieren eine ganz gewaltige Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position bringen sollte.

Die Schlotjunker — ganz besonders die des Westens — haben diese Höhe der politischen Auffassung ebenfalls erreicht. „Mit der Kaisers-Geburtsfeier in diesem Jahre wird es ja doch nichts werden, wenn wir einen Verständigungskreis bekommen!“ erklärte der Stadtverordnete Fabrikbesitzer Pieper in der Stadtverordnetenversammlung in Mörns dieser Tage, als ein Ausschuß zur Vorbereitung der Kaisers-Geburtsfeier gewählt werden sollte.

Wir sind gewiß über den Verdacht erhaben, welche Geburtsfeiern zu wünschen. Aber wenn man weiß, wie sich die Herren im politischen Lager des Herrn Pieper sonst an diesem Tage anstellen, so erscheint es doch erstaunlich, dieses Bekennnis einer patriotischen Seele der Zeitgeschichte zu erhalten.

Eine Heerschau der Vaterlandspar. u. i.

Wie aus einem Rundschreiben der deutschen Vaterlandspar. für die Rheinprovinz hervorgeht, veranstaltet die Vaterlandspar. am überraschendsten Sonntag große Kundgebungen im ganzen Reich. Die Versammlungen müssen eine feste Tagesordnung innehalten und genaue Statistiken über die Zahl der Teilnehmer und der geworbenen neuen Mitglieder führen. Nur solche maßvollen Kundgebungen könnten auf die Reaktion Eindruck machen; die gegenwärtige politische Lage erfordert gehetzterisch außerordentliche Anstrengungen, heißt es in dem Zirkular.

So arbeiten die Vaterlandspar. Warum auch nicht? Das Geld spielt ja bei ihnen keine Rolle!

Wir aber sollen aus dem Vorgehen der Vaterlandspar. die Lehre ziehen: Mit allen nur zu Gebote stehenden Mitteln für die Partei des Friedens und der Freiheit, d. h. für die Sozialdemokratie und ihre Presse zu agieren.

Die Unabhängigen und die Jugendbewegung.

Das Mitteilungsblatt der Berliner Unabhängigen widmet in letzter Zeit auch der Jugendbewegung seine Aufmerksamkeit. Es leistet sich zu diesem Zweck eine besondere Beilage: „Für unsere Jugend“.

Diese enthält in der letzten Nummer einen längeren Artikel „Rückblick und Ausblick“, der die Tatsache feststellt, daß der zu den „Unabhängigen“ gehörende Teil der Jugendbewegung über „tautrale“ Verluste noch nicht viel hinausgekommen ist und „weder der Zahl noch der Betätigung nach Anlaß zur Zufriedenheit gibt“. Selbstverständlich werden auch in diesem Artikel die Jugendlichen zur Genüge über die Kriegspolitik der „Regierungskonservativen“, insbesondere natürlich über deren Kreditbewilligung „berichtet“. Die Kreditbewilligung soll daran schuld sein, daß die wiederholten Proteste der Zentralstelle für die arbeitende Jugend gegen die Aufzehrung der Jugend durch den Krieg nicht mehr zu verhindern sind. Diese tiefründige Erkenntnis scheint dem Artikelstifter jetzt plötzlich gekommen zu sein, denn die „unabhängigen“ Jugendvertreter, die der Zentralstelle bis vor etwa einem Jahre angehörten, haben das Eintreten der Zentralstelle für den Jugendkampf stets einmütig mit befürwortet. Dazu paßt es übrigens hervorragend, daß der Artikelstifter in „Kluger Zurückhaltung“ verschweigt, was denn eigentlich die „Unabhängigen“ in dieser für die arbeitende Jugend so außerordentlich wichtigen Frage getan haben.

Wenn in dem Artikel dann einer „kraftvollen, umfassenden, proletarischen Jugendbewegung“ — selbstverständlich unter Ausschaltung der Arbeiter-Jugend und der Zentralstelle — das Wort geredet wird, so darf man daran erinnern, daß es gerade die „Unabhängigen“ gewesen sind, die vor etwa einem Jahre ohne jeden ersichtlichen Grund auch die „Arbeiterbewegung“ eingeschlossen und damit deren kraftvolle Geschlossenheit — selbst verloren haben!

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 10. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht Südöstlich von Opern am Nachmittage lebhafte Artilleriekämpfe. Westlich von Zandvoorde scheiterte ein starker niederländischer Erkundungsvorstoß der Engländer. An der übrigen Front blieb die Geschiebtläufigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Fesselballons und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellung erkennbar abgeschossen sind.

Wir haben im Kampfe 82 Flugzeuge und 2 Fesselballons verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Illyrische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Das Elbe und den Radbargebieten.

Donnerstag, 10. Januar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Verbands, die gestern abend im Gewerbehaus stattete, war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Löwigt, der verstorbenen Mitglieder Gustav Berggreen und Maria Möller, sowie der im Kriege gefallenen Genossen Paul Krizinski und August Mahnke, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Nachdem vom Kassierer die Abrechnung über das 4. Quartal 1917 erstattet worden war — der Zugang betrug 89, der Abgang 62 Mitglieder — sprach Genosse Bromme über „Unserer Agitation“. Ausgehend von den Hoffnungen auf den allgemeinen Frieden, den alle noch im Jahre 1918 erleben möchten, nahm sich der Zwischenfall von Brest, der den günstigen Fortschritt der Verhandlungen mit Russland wieder in Frage stellte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel aus. Es konnte nicht geleugnet werden, daß die Erfahrungen unserer Unterhändler vom 28. Dezember den Leitsätzen, die Groß Czernin am 25. Dezember für den Frieden aufstellte, entgegenstanden. Man hatte die Erfahrung, als ob die in der Banderpartei organisierten Kriegsverlängerer und Eroberungsphantasten einen sicheren Erfolg buchen könnten. Hoffentlich gelingen es unseren Fraktionsführern, die Mehrheit vom 19. Juli zusammenzuhalten. Wir müssen aus den politischen Vorgängen der letzten Tage die Lehre ziehen, daß nur eine starke Sozialdemokratie dem Volke die Gegenleistungen für die gebrachten Entbehrungen und Opfer garantiert und nach dem Kriege den kapitalistischen Mächten ein Patoli bieten kann. Aus dem Grunde ist jeder klugen und zielbewußten Arbeiter geradezu mit Blindheit reiseln, wenn er nicht alles einsetzt für die Stärkung unserer Macht und für die Einheit der Arbeiterbewegung. Von allem — weder der Frieden, noch die Demokratisierung, noch die Koalitionsfreiheit, noch eine gerechte Steuerverteilung, die den Fests anstrenglich trifft. Alles muß erfämpft werden. Vor allem sei eine starke Vermehrung der Bonnentanzahl unseres Parteiblattes und ebenso eine umfassende Werbung neuer Mitglieder nötig, um alles das in die Tat umzusetzen. Was in Köln, Breslau, Magdeburg und Frankfurt a. M. möglich sei, tausende unserer Leser zu gewinnen, muß auch in Lübeck angestrebt werden, so noch taurende von Arbeitern und anderen Friedensfreunden Bonnenten des „Generalanzeigers“ sind, in dem ihre Interessen möglich mit Erfolg getreten werden, der täglich in Großerartungen und Plakaten schwelgt und dadurch dem Frieden entgegenarbeitet. Große Worte gab dann eine ganze Anzahl Deputierten, in welcher Art und Weise die Agitation für den „Lübecker Volksboten“ betrieben werden soll. Heute kann keine Familie mehr ohne Zeitung sein. Wenn alle Möglichkeiten der Agitation benutzt werden, müsse ein Erfolg zu erwarten sein. Vor allen Dingen müsse jeder Arbeiter sich wieder einmal zum Idealismus aufzutragen und seine eigene Vereisterung zu erweden suchen, die früher als bestellt, die die Kraft verleiht, im Dienste der Partei sein Bestes zu leisten. In diesem Vortrag schloß sich eine lebhafte Ausprache, an der sich die Genossen Tammeyer, Adolf Löwigt, Paul Löwigt, Stelling, Denkewitz, Henze, Mehltelein, Heinrich Schmidt und Löwitz beteiligten. Gleichzeitig wurden die vom Genossen Bromme gemachten Agitations-Vorschläge gebilligt und noch ein Entwurf desselben angenommen, nach dem die Haushälterer häufig die Fücher der Arbeiterfrauen — soweit sie Feiertagskreise Mitglieder sind — regelmäßig abzustempeln haben, damit die Verbindung mit deren im Felde stehenden Männern nicht verloren geht. Unter Punkt: Innere Vereinsangelegenheiten war die Erwahl eines Vorsitzenden vorgenommen, da unser leidiger langjähriger Vorsitzender mit der baldigen Einziehung zum Kriegsdienste zu rechnen hat. Gleichzeitig wurde auch eine Erwahl für den in Frankreich stehenden Schriftsteller Genosse Alfred Dreger vorgenommen. Zum Erwahl-Vorsitzenden wurde Genosse Denkewitz, zum Schriftführer Genosse Tammeyer gewählt. Die Benannten vertreten die bisherigen Inhaber dieser Amtier während der Dauer von deren Abwesenheit. Nachdem noch scharf gegen die Belästigung der Knochen durch die Militärbehörde protestiert worden war, welche Angelegenheit noch weiter verfolgt wird — stand die Versammlung ihr Ende.

Das Protokoll vom Würzburger Parteitag ist in einer kleinen Anzahl noch vorhanden und wird zum Vorzugswerte von 2,0 Mt. im Parteiverkauf, Abendzeit, 50 abgegeben.

Zur Belieferung Lübecks mit frischen Fischen und Fisch-Konserven. Angeklagt häufiger Klagen über eine zu geringe Belieferung Lübecks mit frischen Fischen und Fischkonserven scheint eine kurze Klärstellung dieser ganzen Kriegsmahnahme am Platze. Es handelt sich dabei vor allen Dingen um die ausgesprochene Beschränkung, wenigen Gegenden der Küstengüterindustrie, die anerkannterweise am meisten unter der Nahrungsmittelknappheit leiden, Erleichterungen zu lassen. Daß dies nur auf Kosten der Küstengegenden und Küstenförderung erfolgen kann, ist klar. Bis zum November 1916 lagen die Verhältnisse so, daß unsere Ostdächer eigentlich nur in der Nähe der Küste verbraucht wurden. Dadurch hatte Lübeck aufzuhaltende Zufuhren an frischen Fischen. Es wurden in Lübeck nicht nur die Fänge des Lübecker, Schlueter, Gothmunder, Dassower und Trauemunder Fücher restlos verbraucht, sondern wir hatten fast auch die ganzen Fänge von der Niederrheinischen Bucht, von Grönitz, Kellenhusen, Dahme und Schmarren bis nach der Hohwachter Bucht für unser Handel und Verbrauch zur Verfügung. Das wurde durch den reichsweit vorgenommenen Aufbau der Kriegs-Fischgesellschaften und die Einleitung der Küsten in einzelne Belieferungsbezirke anders. Der Lübecker Fischhandelsgeellschaft wurden als Lieferungspflichtig nur die Fücher der Hansestadt Lübeck und des Fürstentums Lübeck zugewiesen. Dies allein mußte schon einen Rückgang in den frisch-fisch-Zufuhren für Lübeck ergeben. Hierzu kam aber noch folgendes: Die Lübecker Fischhandelsgesellschaft mußte neben der Hansestadt Lübeck und dem Fürstentum Lübeck auch noch Teile des

Königreichs Sachsen, das Königreich Bayern, — rechtsrheinisch, — und die Stadt Hannover beliefern. Zugleich aber kostete die regelmäßige Zufuhr aus Schweden, Dänemark und Norwegen in erheblicher Weise, die Zufuhren an schwedischen Heringen waren naturgemäß früher ausgeblichen. Dadurch wurde unsere Fischindustrie mit ihrem Umsatz auf ein Bruchteil ihrer früheren Produktion herabgesetzt. Das war natürlich auch in Lübeck schwer fühlbar. Ferner erbrachte der Fang an Frühjahrsfischen im Frühjahr 1917 ein überaus ungünstiges Ergebnis. Der Frühjahrsfang ergab 1915: 3.000.000 Pfund Heringe, 1916: 1.000.000 Pfund, 1917: 150.000 Pfund. Außerdem blieb der Butt- und Dorfklang in der westlichen Ostsee im Sommer und Herbst 1917 um rund ein Drittel geringer als im Vorjahr zurück. Es ist selbstverständlich, daß man in Lübeck die Nationierung der Fische schwerer empfinden muß, als wie anderswo. Lübeck war eben von je eine Stadt mit einem außerordentlichen Fischverbrauch. Dennoch aber stand die Fischlieferung noch besser da, als die übrigen Belieferungsgebiete. Dabei ist zu erwähnen, daß die im Sommer im Bootswerkstatt in Lübeck umgesetzten 160.000 Pfund Butt und Kleischen in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Bei diesen handelt es sich um kleinere Fische, die den Fischmarkt schlecht vertreten und um Kleischen, welche überhaupt nicht verhandlungsfähig sind. In lebenden Zustand und frisch verbraucht lieferten diese 160.000 Pfund einen sehr hohen Wert an der Lübecker Auktionsquote. — In Fischkonserven und Räucherwaren wurden in der Zeit vom Januar bis Juni geliefert, in Lübeck 0,85 Kgr., in Sachsen 0,84 Kgr., in Bayern 0,13 Kgr., in Hannover 0,45 Kgr. Bei den Zahlen für Fischkonserven und Räucherwaren sind die für Lübeck beschlagnahmten Wale, die rund 135.000 Pfund ergaben, und welche zum Teil frisch, zum Teil aber auch geräuchert in Lübeck in den Handel kamen, nicht mit einbezogen.

Soweit die amtliche Darstellung. Sie ändert nichts an der Tatsache, daß die geringen Zufuhren von Fischen nicht so gut Absatz für die Bevölkerung erlangen, daß möglichst alle Kreise berücksichtigt werden. Völlig ist es aus, daß in vielen Gastwirtschaften und Hotels Fischgerichte zu haben sind, während das Publikum im Verlauf von den Händlern keine erhalten kann. Es wäre dringend erwünscht, auch den Fischverkauf zu regulieren.

k. Krankenfonds und öffentliche Gesundheitspflege. Unter diesem Titel erschien im Organ des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ ein Artikel, dessen Verfasser Genosse Dr. med. Schloemer, z. St. Neustadt, uns einen Sonderabdruck desselben in Brochürenform überwandt hat. Wir haben das Schriftstück mit Aufmerksamkeit gelesen und gestehen gern, wenn der Verfasser die Ablöse hatte, bei seinen Lesern das Interesse für das Krankenfondswesen, wie es sich in der Form unserer Gesetzecksonomie sowohl, wie auch in Beziehung auf die allgemeine Gesundheitspflege gestaltet und entwickelt hat, zu mecken, so ist ihm das sicher gelungen. Der Verfasser weist einzig darauf hin, daß die Krankenfonds in ihrer Bedeutung für die öffentliche Gesundheitspflege nicht genug gewürdigt werden und gibt auch Gründe dafür an. Nachdem er dann die Organisation der Krankenfonds, namentlich die der Ortskrankenfonds, erläutert hat, kommt er auf die Realleistungen, wie sie von der R.-V.-O. vorgeschrieben sind. Alsdann werden die Mehrleistungen bewiesen, von denen der Autor namentlich der Familienhilfe warm das Wort redet. Er wünscht diese gelegentlich festgestellt. Er wünscht ferner eine regelmäßige wiederkehrende ärztliche Untersuchung in amtlicher Sicherheitsglieder. Ein Problem, das unseres Erachtens ebenso wie die Schularztpflege, mehr in das Gebiet der Gemeinde gehört, weil doch ein nemisser Zwang dahinter steckt, wenn wirs wirken soll. Der Verfasser kommt dann auf die Wochenhilfe, den freien Hebammendienst und das Stillgebliebene vor, wie sie uns die Kriegsverbältisse gebracht haben. Er möchte sie in den Frieden hinaüber zu retten. (Wir auch, wenn's nur nicht so viel Geld kostete und dieses in der ersten Zeit des Friedens nicht gut so rat würde, im allgemeinen sowohl wie in den Krankenfonds.) Es wird dann noch die Tätigkeit der Krankenfonds in der Bekämpfung der großen Volkskrankheiten und des weiteren einer Reihe englischer Aufgaben der Rätsen behandelt. Das heilt Gebliebtes: „Die Zusammenarbeit mit den Ärzten“ behandelt der Verfasser nur kurz. Er kontrolliert zwar, daß die Gegenseite sich leider noch nicht ausgiebig hält, da der Kampf von unentwegten Sturmoeßen von beiden Seiten noch manchen Anreichen neu angesetzt werden soll. Außerdem, er sieht auch eifreiche Anläufe zur Auflösung der Harmonie. Sein Rezept lautet dann: Verstaatlichung des Arztesstandes. (Diese Art wird wohl etwas langsam werden.) Zum Schlus wird das Ideal einer Volksvereinigung, das jedes Deutsche mit seiner ganzen Familie von einer bestimmten Enzyklopädiegrenze an gegen Krankheit verschont, empfohlen. Wenn wir nicht irren, hat Bismarck damals, als die Sozialpolitik aus Taten kam, eine detaillierte Einrichtung als sein Ideal hingestellt. Er ist darüber geworben und wir glauben, die junge Generation wird d. r. t. auch nicht erleben. Indessen, wie haben uns des malen Tonos, der durch das ganze Deutschen unter den Krankenfonds klingt, gefallen und wir wollen dem Verfasser keine idealen Ausschreibungen über manche Dinge im Krankenfonds nicht rouben, denn wie haben sein Opus mit Befriedigung aus der Hand gelebt.

Ausschluß von Jügen und Fahrplanänderung auf der Güter-Lübecker Eisenbahn. Vom Sonntag, den 13. Januar ab fallen bis auf weiteres auf den Strecken Güter-Lübeck und Bhf. Gleisdorf-Ahrensböck folgende Züge aus: Zug 675 W. Güter ab 11.45, Lübeck ab 12.51, Zug 634 (Wertags) Lübeck ab 9.08, Güter ab 10.02, Zug 752 (Sonntags) Lübeck ab 1.57, Güter ab 3.24, Zug 681 S. (Sonntags) Güter ab 7.10, Lübeck ab 8.27, Zug 104 Bhf. Gleisdorf ab 8.05, Ahrensböck ab 8.25, Zug 105 Ahrensböck ab 8.35, Bhf. Gleisdorf ab 8.55, Zug 110 (Wertags) Bhf. Gleisdorf ab 1.05, Ahrensböck ab 1.25, Zug 111 Ahrensböck ab 2.20, Bhf. Gleisdorf ab 2.40, Zug 112 (Sonntags) Bhf. Gleisdorf ab 3.10, Ahrensböck ab 3.29, Zug 119 Ahrensböck ab 8.55, Bhf. Gleisdorf ab 9.15 und 12.00 Bhf. Gleisdorf ab 9.45, Ahrensböck ab 10.05 Mittwochs, Zug 109 verkehrt 50 Minuten später, Ahrensböck ab 12.30, Bhf. Gleisdorf ab 12.50, Zug 678 ab 12.45 hält Sonntags in Dorf Gleisdorf.

Berufsberatung und Stellenvermittlung. Zahlreiche Eltern, die Schule verlassene Knaben und Mädchen werden bereits wissen, daß für einen Beruf sie einschlagen werden und wo sie ihre berufliche Ausbildung finden werden. Vorsorgliche Eltern werden diese Frage nach allen Richtungen hin mit ihren Kindern besprochen und auch für eine geeignete Lehrstelle Sorge getragen haben. Die Kriegsverhältnisse insbesondere bringen es aber mit sich, daß in vielen Häusern der Familienunter durch Einberufung der Familie als Berater entzogen ist. Die Folge hierauf ist vielfach, daß für die Ausbildung der Kinder nicht rechtzeitige Vorsorge getroffen ist, daß vielmehr vielfach davon ausgegangen wird, daß das Kind in einem ungeliebten Beruf als Kaufmädchen jogleich viel Geld verdient, während der Lehrer einen Verdienst in der Regel nicht hat, und daß überhaupt Unklarheit darüber besteht, wo und in welcher Weise der Schulende loslassen untergebracht werden soll. Für solche Fälle ist es besonders wichtig zu wissen, daß gemeinsame Einrichtungen bestehen, die in der Frage der Berufswahl und der Stellenvermittlung bereitwillig und kostenlos Rat und Beistand gewähren. Die Berufsberatung für die männliche Jugend wird in der Berufsberatungsstelle für die männliche Jugend im Jugendamt, Parade 1, 1. Stock Zimmer Nr. 6 ausgeübt, während der Schulenklassen weiblichen Jugend jede gewünschte Auskunft durch die Berufsberatungsstelle für die weibliche Jugend, Grafsdorfer Allee 10a, im Hause der Frau Busmann, ertheilt wird. Diese beiden Stellen sind bemüht allen denjenigen, die sich an sie wenden, durch sachkundigen Rat und Beistand in allen Fragen der Berufsberatung zur Seite zu stehen. Die Dienststunden der Berufsberatungsstellen sind aus der amtlichen Bekanntmachung über Berufsberatung im gleichen Blatt zu ersehen.

Kein Gesetz für verlorene Feldpostkarte. Auf eine Anfrage des Reichsmarineamtsordens Schleswig-Holstein erläuterte die Rentenversicherung, daß eine Erfolgsleistung für verlorengangene Privatposte nach

Neueste Nachrichten.

und von dem Feldheer weder von der Militärverwaltung noch von der Post übernommen wird, gleichviel wo der Verlust eingetreten ist. Eine Vorderung dieser Vorleistungen könne mit Rücksicht auf die Eigentümlichkeit in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse nicht in Aussicht genommen werden. — Durch diese Antwort werden die zahlreichen Abhänger verlorengegangener Feldpostpaletten zufriedigst nicht bestreift sein.

Hamburg. Die Bürgerschaft stimmte Mittwoch ohne Debatte dem vom Senat vorgelegten Gesetz über die Bezeichnung deutscher Bundesstaaten von hamburgischer Grundstücks-Umlaufsteuer zu. Dagegen rief der Senatsantrag auf Abänderung des Einheitssteuergegesetzes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Gesellschaften m. b. H. eine längere Besprechung hervor, weil die sozialdemokratische Fraktion den Zusatzantrag gestellt hatte, die im Jahre 1911 beschlossene Besteuerung der Konsumvereine aufzuheben. Dieser Antrag wurde schließlich einem besonderen Ausschuss überwiesen. Der Senatsantrag selbst fand Annahme. Eine lebhafte Erörterung knüpfte sich dann erst wieder an die Forderung einer Nachbestimmung von 110 000 Mark für die Strafentziehung. Dr. Bauer wies auf die seit Wochen in den Straßen Hamburgs infolge der störenden Abfuhr des Haussatzes herrschenden Zustände hin, forderte energische Hilfe und empfahl, die militärischen Behörden um ihre Unterstützung anzuheben. Seine Klagen fanden auf allen Seiten ein lebhaftes Echo. Die Bewilligung der 110 000 Mark wurde ausgeschlossen. Zu dem Auskunftsbericht über den Senatsantrag betreffend Gewährung eines außerordentlichen Staatszuschusses in Höhe von 150 000 Mark an die Handelskammer hatte Bunzel einen Antrag gestellt, der den Senat um eine baldige Vorlage erfuhr bezüglich Neugestaltung der Organisation der Handelskammer, durch die allen Kreisen der Kaufmannschaft eine Einsicht aus die Wahlen zur Kammer gewährt werden. Der Antrag Bunzel wurde angenommen, der erforderliche Staatszuschuß bewilligt. Dann kam noch der Antrag Dr. Schön wegen Gehalts- und Lohnfortzahlung an staatliche Angestellte und Arbeiter während des Kriegsdienstes zur Beratung. Die Verhandlung wurde der vorgerückten Stunde wegen abgebrochen.

Bürgerfasel.

Als lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Arbeitersparteis. Malergeselle Schröder. Polizeifahrer Behrens. Feuerwehrmann Eichendorff. Feuerwehrmann Burmester. Malermeister Carlsson. Füllfedermeister Cramer. Eisenbahnmassierer Evers. Hafenanbeiter Hauffmann. Malergeselle Gienann. Büchermann Goldschmidt. Tischler Großmann. Arbeiter Groß. Feuerwehrmann Haußfeld. Schaffner Hoff. Arbeiter Höde. Dreher Köller. Arbeiter Käfer. Arbeiter Medenbäumer. Schäfsmann Mill. Schriftsteller Neder. Sohn Nitsch. Bureauauskünfte Orlowski. Maurermeister Peterken. Werkmeister Pohl. Büßerfechtfeste Radtke. Füllfedermeister Ritter. Arbeiter Schmidt. Büchermann Schröder. Schlossermeister Stroeder. Tischler Schröder. Ober-Telegraphenbeamter Schulz. Arbeiter Schulz. Schuhmacher Stanschek. Praktischer Arzt Dr. med. Stöver. Bureauauskünfte Treisch von Buttstädt. Bureauauskünfte Wiede. Architekt Witten. Arbeiter Wittstock. Fahrradhändler Wulf.

Ausweisarten zur Verbissigung der Vollmilch.

Die Ausgabe der Erstakten für diejenigen Ausweisarten, welche am 13. d. Mts. ihre Gültigkeit verlieren, erfolgt bereits am Sonnabend, dem 12. d. Mts., im Geschäftszimmer des Auswauchens für Kriegshilfe, geöffnet vormittags von 8—1 und nachmittags von 2½—5 Uhr. Es wird gebeten, zur Abholung möglichst die früheren Morentunden zu benutzen, um mittags und nachmittags größeren Andrang zu vermeiden.

Den 10. Januar 1918. (12.)

Der Ausdruck für Kriegshilfe.

Beratssberatung für männliche und weibliche jugendliche Personen.

Rosenloft: Auskunft über Berufe, Berufsausbildung und Gewerbeausichten im Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und allen jünglichen Berufen wird erteilt.

Männliche Abteilung: Auszendamt, Parade 1, I Stock, Zimmer 9.

Speditionsbüro: Dienstag und Donnerstag ab dormittags zwischen 10½ und 11½ Uhr.

Weibliche Abteilung: Bürodezirkt. Allee 10a (im Hause der Frau Busseman) und in der Gewerbeschule, Breite Straße 40, 1.

Speditionsbüro: Dienstage 8 bis 9 Uhr abends in der Gewerbeschule; Mittwoch 12—1½ Uhr. Dienstag Abend 10½ Uhr; Dienstag 5—6 Uhr in der Gewerbeschule. (120)

Zeitung, den 9. Januar 1918. Der Ausdruck für Beratssberatung beim Jugendamt.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (113) Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Mein Engel!

Schreibermeisterin, Sohn, Herrn, Kinder u. Kindermutter, Eltern, Freunde, alte Schriften, Gemälde, Antiquitäten u. Altertümer und Denkmalsobjekte, Schmuck, Sammlungen, Schriften, Zeichnungen, Gemälde, Bilder, Zeichnungen, (112)

Wiederholung Nr. 47.

Verkaufszeit: Dienstag 10 Uhr.

Zeitung, den 10. Januar 1918.

Ein neuer und guter

ein neuer und gut

We Herr v. Waldow den Schleichhandel und Nahrungsmittelmarkt bestimmt!

Herr von Waldow, der Staatssekretär des Ernährungsamtes hat sich nach den beschämenden Enttäuschungen des Neuköllner Magistrats dazu aufgerichtet, etwas gegen den Schleichhandel zu tun. Er hat folgenden Erlass herausgegeben:

„Die Zawidderhandlungen der Kommunalverbände und anderer amtlicher Stellen gegen die kriegswirtschaftlichen Gesetze haben sich in bedauerlichem Maße vermehrt. Dem muss unter allen Umständen Einhalt geboten werden. Schleichhandel und Preissteigerungen von Stellen, denen die Verjüngung grünerer Volksteile obliegt, müssen naturngemäß für die Gesamtverjüngung sehr viel schädlichere Folgen nach sich ziehen, als die Zawidderhandlungen des einzelnen. Der Aufkauf von Lebensmitteln unter rücksichtsloser Überprägung der Höchstpreise und gewissenloser Überbleibung anderer, weniger kapitalistischer Kaufleute hat es der Bevölkerung vielerorts nahezu unmöglich gemacht, ihren Bedarf zu dem Höchstpreise zu decken, und zu einer Preissteigerung geführt, welche die Lebenshaltung der ärmeren Klassen auf das bedenklichste erschwert. Verderblich muss es besonders auf die Moral der Allgemeinheit wirken, wenn diejenigen Stellen, die zur Durchführung der Gesetze berufen sind, in einseitiger Wahrung der Interessen ihres engeren Wirkungsbereiches die zum Wohl der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften übertragen.“

Ich habe insbesondere hervor, dass Kommunalverbände sich am Schleichhandel mit lebendem Vieh beteiligt haben. Dieser Handel ist in besonderem Maße gefährlich, da hierdurch die Verjüngung der Bevölkerung mit Fleisch, Fett und Milch auf das ernstlichste in Frage gestellt wird und die Preise für Futter- und Zugvieh auf eine Höhe gebracht werden, welche die Produktionskosten der Landwirtschaft und damit die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch weiter steigen muss.

Gerner ist festgestellt worden, dass einzelne Kommunalverbände die von ihnen ausstellenden Saatkarten missbräuchlich zur Verjüngung von Lebens- und Futtermitteln zum Zwecke des Verbrauchs ausgenutzt haben. Es ist erforderlich, dass die Vorschriften, durch welche die ausschließliche Verwendung des Saatgutes für die Zwecke des Ausbaus gewährleistet werden soll, bei den Kommunalverbänden genaueste Beachtung finden.

Nach Zeitungenachrichten beschäftigen manche Kommunalverbände neuerdings, Mehzzulagen ihrer Bevölkerung zuzuwenden. Es bedarf in diesen Fällen stets der eingehenden Prüfung, ob die Zulagen aus Ersparnissen genommen werden. Wird dies seitens der Kommunalverbände nicht einwandfrei nachgewiesen, so ist die Ausgabe von Mehzzulagen unverzüglich zu verbieten.

Ich erläutre Eure Hochwohlgeborenen, gegen jede amtliche Stelle, die sich der Nichtachtung kriegswirtschaftlichen Gesetze schuldig macht, rücksichtslos, gegebenenfalls durch Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten, sowie durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, vorzugehen. Weder wichtiger Fälle ist mir alsbald zu berichten.

Die Kommunalverbände sind über das Vorliegende eindrücklich zu belehren.

Abschriften für die Stadt- und Landkreise sind beigelegt.

v. Waldow.

An die Herren
Regierungspräsidenten und den Vorsitzenden der
staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin.

Da dieser Erlass fast ausschließlich gegen die Kommunalverbände gerichtet ist, erinnert es lebhaft an die bekannte Art, wie der Fuchs den Gänzen predigt. Der „Vormärz“ glaubt, dass nun wahrscheinlich ein Strafverfahren gegen den Neuköllner Magistrat erfolgen wird — der durch seine Selbstbegütigung sich das Verdienst erworb, die himmelsbrechenden Missstände des Systems Waldow aufzudecken — und fügt hinzu:

Wir unsererseits haben zur Verbesserung der bestehenden Misswirtschaft immer verlangt, dass die Ware beim Erzeuger schärfer erfasst werden müsse. Aber wenn schon der Staatssekretär v. Waldow glaubt, sich nicht anders helfen zu können, als dass er nach dem Staatsanwalt rüst, so müssen wir schon bitten, dann nicht nur bei den Kommunalbehörden stehen zu bleiben, sondern Partei walten zu lassen und auch die staatlichen Behörden in diese staatsanwaltschaftliche Fürsorge einzubeziehen.

Zunächst erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, dass die Landesdirektion der Provinz Brandenburg in der Mariä-Himmelfahrt zu Weihnachten Mehl an ihre An-

gesetzten verteile, das mit 6,40 M. pro Kilo berechnet wurde. Das Berliner Polizeipräsidium verkaufte Butter für 8,50 M. pro Pfund. In einer königlichen Fabrik wurde Mehl für 2,80 M., Zucker für 3 M., Marmelade ebenfalls für 3 M., Kartoffelmehl für 7,30 M. und Rindfleisch für 4,70 M. pro Pfund abgegeben. Die staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin, also ein amtliches preußisches Organ, hat zu Weihnachten ungefährtes Schweinefleisch mit 7 M. pro Pfund als Spez angeboten. Das sind so einige kleine Proben, wie die staatlichen Organe die Theorien des Staatssekretärs befolgen. Sollten ihm diese Beispiele nicht genügen, so empfehlen wir, die entsprechenden aufzufordern, in einer Tabelle mitzuteilen, welche Lebensmittel sie im letzten Jahre beschafft und zu welchen Preisen diese eingekauft wurden. Vielleicht ist der Herr Staatssekretär dann so freundlich, diese Verhältnisse seiner staatlichen Organe in einer Denkschrift zusammenzustellen und der Öffentlichkeit zu übergeben.

Zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Durch Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1917 werden auf Grund des § 34 des Hausarbeitsgesetzes, die §§ 3 und 4 mit Wirkung vom 1. Januar 1918 in Kraft gesetzt.

Der § 3 des Gesetzes schreibt vor, dass in Räumen, in denen Arbeit am Hausarbeiter zur Ausgabe gelangt, entweder Lohnabzettel aufzuhängen sind, oder Lohnverzeichnisse offen ausliegen müssen, sodass die Hausarbeiter und Arbeitnehmer sich jederzeit darüber informieren können, welche Preise für die einzelnen Arbeiten gezahlt werden.

Im § 4 wird den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt, auf ihre Kosten den Hausarbeiter oder Arbeitnehmer Lohnbücher oder Arbeitszettel bei Übergabe der Arbeit auszuhändigen, in welche die Preise oder Löhne sowie die Art der Arbeit und deren Umfang eingetragen sind.

Es ist gewiss nicht viel, was diese Verordnung bringt, und diese Bestimmungen hätten schon längst in Kraft gesetzt werden sollen. Aber kaum ist die Verordnung ergangen, so werden auch schon wieder Ausnahmebestimmungen erlassen, die die Wirkung der Verordnung nahezu aufheben, wenigstens soweit die Textilindustrie in Frage kommt.

Von der Bestimmung, Lohnabzettel auszuhängen oder Lohnverzeichnisse auszugeben, werden ausgenommen:

Die Bandweberei und dazu gehörige Hilfsarbeiten im Regierungsbezirk Düsseldorf, in den badischen Kreisen Waldshut, Vörrath und Freiburg; die Schachtel- und Tambarierindustrie im Regierungsbezirk Zweibrücken in Sachsen und der Donaueschreis und Stadtbezirk Stuttgart in Württemberg;

die Tuchherstellung und -Anfertigung in den Regierungsbezirken Aachen und Frankfurt a. d. O., in Preußen und Zweibrücken in Sachsen;

in der Volantentierindustrie die Herstellung von Bekartikeln und von überholten Knöpfen im Regierungsbezirk Chemnitz und von Zwickau.

Von der Verpflichtung, den Arbeitern bei der Übergabe von Arbeit Lohnbücher oder Arbeitszettel mit darauf verzeichneten Löhnen zu übergeben, werden ausgenommen:

die Weißzeugstofferei und Herstellung von Tapiseriematerial für das ganze Reichsgebiet.

Schon wir uns die Bezirke näher an, für welche die Ausnahmebestimmungen gelten, dann muss leider festgestellt werden, dass darin fast die gesamte berechnete Industrie betroffen wird.

In der Bandweberei sind das Ruhrgebiet und das badische Oberland die ausfließenden Bezirke. Dort wird der hauptsächlichste Betrieb für das Land sowie für den Export hergestellt; da bleibt nur der weniger bedeutende Betrieb Pulsnik in Sachsen übrig.

Bei der Spatier- und Tambarierindustrie sind ebenfalls das sächsische Vogtland und Württemberg die ausfließenden Kreise; alle anderen Bezirke sind ohne Bedeutung. Die Tuchweberei und damit ihre Hilfsarbeiten, ist in geschlossenen Bezirken des Rheinlandes, bei Aachen und in West-Sachsen vertreten. Gewiss kommen in Deutschland gerade in der Tuchweberei noch eine ganze Reihe Orte in Frage, aber alle zusammen können nicht an die Bedeutung heranreichen, die gerade die von den Ausnahmebestimmungen betroffenen Bezirke aufweisen. Die deutsche Volantentierindustrie konzentriert sich ebenfalls als eigentliche Industrie nur auf Sachsen, speziell in den Bekartikeln. Hierbei sei bemerkt, dass die Her-

stellung von Möbelpolsterungen, Quasten, Schlingringe, Verbunden, Schnüren und andere Meter- oder Stapsware, sowie das Anfertigen von Gehängen, das Anquästeln und Anknüpfen nicht unter die Ausnahmebestimmungen fällt. Was hier von den Ausnahmebestimmungen fortgehalten wird, fällt in Wirklichkeit sowieso nicht unter das Hausarbeitsgesetz, da diese Arbeiten zum größten Teile handels- oder handwerklich hergestellt werden.

Durch die Gewährung von Ausnahmegenehmigungen an die Unternehmer der bedeutendsten Bezirke ist die Wirkung der Verordnung paralysiert. Nach wie vor bleiben Tausende in der Heimarbeit beschäftigte Textilarbeiter dazu verurteilt, unter den ungünstigsten Bedingungen zu arbeiten. Man kann hier die Arbeitnehmer auch nicht ohne weiteres auf den Weg der Selbsthilfe, auf die gewerkschaftliche Organisation verweisen. Die verschiedenen Gründe, die hier nicht erst aufgezählt werden sollen, machen die Organisierung der Heimarbeiter sehr schwierig.

Es besteht weiter die Befürchtung, dass infolge des Krieges die Zahl der Heimarbeiter sich wesentlich vermehren wird. Eine große Zahl Kriegsbeschädigter wird ohne weiteres in der Heimarbeit sein Unterkommen suchen müssen; zahlreiche Kriegsverwundete, die vorher industriell nicht tätig waren, werden ebenfalls in die Heimarbeit hineingezogen werden. Technisch liegt es mit den vielen weiblichen Arbeitsträgern, die gegenwartig in den Kriegsindustrien beschäftigt werden, jedoch sogar die Annahme nahezu, dass durch ein Überangebot von Arbeitskräften die Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit noch verschärft werden.

Desto weniger ist zu begreifen, dass die Reichsregierung, kaum dass sie einen Schritt normativ gemacht hat, durch die umfangreichen Ausnahmegenehmigungen wieder zurücktritt. Es muss nicht nur die volle Durchführung der §§ 3 und 4 gefordert werden, sondern daneben sind die in den §§ 6—9 bezeichneten Obliegenheiten der Polizeideparteien zum Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit und die im § 18 in Aussicht genommenen Fachauskünfte dringend nötig. Die Gewerkschaften verlangen aber auch immer wieder, wie schon auf dem Heimarbeitertag im Jahre 1911, dass die Fachauskünfte eine gefestigte Umwandlung in Lohnsätze erfahren und dadurch erst die Instanz werden, die in der Lage ist, den Schutz der Heimarbeiter zu übernehmen.

Bund für Vaterland und Freiheit

Vor einer Mitgliederversammlung, die den großen Saal des Abgeordnetenhauses in Berlin bis auf den letzten Platz füllte, entwickelte gestern abend der Volksbund für Freiheit und Vaterland seine Aufgaben und Ziele. Sprecher waren der Reichstagsabgeordnete Genosse Leuzien, das Herrenhausmitglied Stegendorf und Professor Dr. Troelsch.

Der Vorsitzende Professor Dr. Franke wies darauf hin, dass der Volksbund eine Zusammensetzung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von vier Millionen hinter sich wissen. Er strebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrvollen, gerechten Abschlusses des Krieges wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Professor Dr. Troelsch ging auf die dem Willen des neuen Bundes entgegenstehende Begründung der Vaterlandspartei ein. So sehr die agitatorische Arbeit schon des Namens dieses Vereins nachgeführt werden kann, so schlich anglüdlich, unrichtig und anmaßend ist diese Bezeichnung; sie kennzeichnet den Geist, der in den Reihen der „Vaterlandspartei“ vorherrscht. Ihr stärkster Fehler ist die völlige Auseinandersetzung der Rückstufe auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben; wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können.

Die zweite Ausgabe des Volksbundes ist die Mitteilung der politischen Neugestaltung des Reiches. Ihr Schriftsteller ist die Ausichtshaltung des Reiches. Ihr Schriftsteller ist die Ausichtshaltung des Reiches. Der klügste Frieden kann nur ein Vertrauensfrieden sein; jeder Vertrag aber bedingt Vertrauen. Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem steht in allen Völkern eine Demobilisierung des Geistes ein; dienen Prozess zu fördern ist eine stilistische Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Frieden aufgebaut werden kann; soll nicht die Kulturwelt am gegenwärtigen Selbstmord zugrunde gehen.

Legten führt aus: Die Zustände in Deutschland vor dem Kriege dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr Recht eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft,

Die Rheiher Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

44. Fortsetzung.

Bei einem so guten Stande ihrer Sache wird die Gräfin die Kaufhäuser nicht scheuen!"

„Nun, mag ich denn immerhin,“ versetzte Ritterhausen mit demselben Gleichmut und schwieg eine Weile; dann sagte er: „Geben Sie mir lieber einen andern Rat, Monsieur Ermanns, da Sie doch die Gräfin kennen. Sehen Sie, ich lehne mich fort von hier, wo ich so schmerzhafte Erfahrungen gemacht habe; wo ich nicht zum Fenster hinausblicken und die alte Burg da oben stehen kann, ohne dass eine Fülle bitterer und zorniger Gedanken über mich strömt. Ich will den Hammer der Gräfin friedlich und ohne Rechtsstreit lassen, wenn dieselbe so billig ist, mit einer annehmbaren runden Summe auszuzahlen, als Entschädigung für die namhaften und großen Verbesserungen, die ich an dem Hammer ungetragen habe.“

Monsieur Ermanns horchte bei dieser Rede Ritterhausen hoch auf. Die Schläueit des Hammerbesitzers brachte ihn vollständig aus dem Konzepte. Statt den leichteren eifrig auf den hingeworfenen Gedanken eines Kaufes eingehen zu wollen, musste er erleben, dass sich der Speer umlehnte — er muhte nun also förmlich den Kauf antragen, wenn er den Auftrag der Gräfin ausführen wollte.

„Nun mögte ich Sie um Ihren Rat bitten,“ fuhr Ritterhausen fort, „auf welchem Wege ich am zweitmöglichen meine Absichten der Gräfin kundtrete.“

„Ich bin gerne bereit, mit ihr darüber zu reden,“ versetzte Ermanns etwas zägernd, „aber ich muss Ihnen gestehen, dass ich Ihren Plan nicht billige. Die Gräfin wird Ihnen nicht mehr Entschädigung geben, als sie gesetzlich verpflichtet ist, und ich fürchte, dass Sie dabei einen ganz enormen Schaden haben würden!“

„Auf Schaden bin ich gefasst,“ erwiderte Ritterhausen. „Ich will ihn tragen, wenn ich nur fortkomme von hier!“

„Auf einen Kauf also würden Sie nicht eingehen,“ sagte Ermanns leinslaut.

Der Hammerbesitzer zuckte die Achseln.

„Gewiss nur dann,“ nahm hier Sibylle, die sich nicht mehr zurückhalten konnte, das Wort, „wenn der Kauf unter sehr günstigen Bedingungen geboten würde.“

Was nennen Sie günstige Bedingungen?“ fragte Ermanns, sich Sibylle zuwendend. „Die Burg mit Inbegriff des Hammers ist 200 000 Franken wert.“

„Ich denke, die Summe ist nicht viel zu hoch gegriffen,“ erwiderte Ritterhausen. „Allerdings, wenn die Gräfin das Gange zum

Kauf ausziehen lässt, gibt niemand in der Welt 200 000 Frank für eine Befreiung, von der ein sehr bedeutender Betrundteil doch noch in den Händen Ritterhausens ist und erst durch einen miklichen Prozess ihm abgerungen werden müsste!“

„Ja, was ist da nun zu machen?“ rief der Beamte aus. „Bieten Sie 200 000 und ich will der Gräfin sehr gern Mitteilung von Ihrem Antrage machen.“

„D. missverstehen Sie mich nicht — es handelt sich durchaus nicht um einen Antrag der Art,“ rief hier der Hammerbesitzer aus. „Mein Antrag lautet auf friedliche Einräumung des Hammers an die Gutsherren, gegen eine Entschädigungssumme von etwa 30 000 Frank für aufgewandte Verbesserungen!“

Ermanns schüttelte den Kopf.

„Ich will Ihnen sagen, welches die einzige Art ist, wie Sie eine solche Entschädigung erhalten werden,“ sagte er mit seinem Lächeln. „Bieten Sie der Gräfin 200 000 Frank für ihre ganze Gutssubstanz, ziehen Sie davon Ihre 30 000 Frank ab und zahlen Sie ihr 170 000 Frank aus. Ich glaube, Sie würde einwilligen!“

„Ich würde ihr schwerlich 150 000 Frank zahlen,“ bemerkte Ritterhausen nach einer Pause.

„Ich kann der Gräfin zu einem solchen Handel nicht raten,“ entgegnete Ermanns.

„Das verlange ich ja auch in keiner Weise,“ fiel Ritterhausen lächelnd ein. „Raten Sie ihr zum Vergleich mit mir!“

„Ich will mich erst genauer bei Sachverständigen nach dem Werte der Besitzung erkundigen,“ versetzte der Beamte, „und dann werden wir weiter davon reden; die Gräfin wird tun, was sie als Vermünderin ihres Sohnes nur legend tun und verantworten kann!“

Ermanns erhob sich und nahm Abschied mit dem Versprechen, am folgenden Tage zurückzukehren. Als er fort war, sprang Sibylle auf und, freudentränen im Auge, umarmte sie ihren Vater.

„O nun wird alles, alles gut!“ logte sie.

„Ich hoffe es,“ versetzte Ritterhausen mit zufriedenem Kopfnicken. „Ich hoffe, die Augenblitze da, die den du seit Jahren dich bemüht, gesorgt, gespart und gesammelt hast ... der Augenblick, wo ... ich Herr werde auf deiner Rheiher Burg.“

„Sie, Vater?“ sagte Sibylle leise, ihr lachiges Haupt auf die Schulter Ritterhausens legend und ihm mit ihren feuchten Blüten ins Auge schauend.

„Ach ja, ich oder du, wie du willst,“ versetzte Ritterhausen, sie freundlich anlächelnd ... oder gar ein anderer ...

Sie legte ihre Hände an seine Schultern, und so seinen Kopf ergriffend führte sie ihn auf die Stirn.

„Wie reden davon ein andermal,“ sagte sie leise ... wenn der erste Ermanns zurück ist, wenn die Burg eck unter ... wenn der

Kaufherr Schwarz auf weiß vor mir liegt ... denn eher kann ich an mein Glück noch gar nicht glauben!“

„Das wird nicht lange dauern, mein Kind,“ versetzte der Hammerbesitzer, „und dann tu, was du willst!“

Und es dauerte in der Tat nicht lange; am folgenden Tage kam Ermanns zurück, einen von der Gräfin unterschriebenen Entwurf des Kaufvertrages in der Tasche.

Es ist z. B. kein Zufall, daß diejenigen Kreise und Personen, die nach außen die Gewalt und die Politik der Krieg propagieren, die selben sind, die im Innern allen freizüglichen Bestrebungen des Volkes mit allen Mitteln entgegenstehen.

Die Wahlrechtsvorlage muß sich durchsetzen; die bis aufs äußerste in Anstrengung genommene Schilder des Volkes noch mehr zu belasten, führt notwendig zur Katastrophe. Das gleiche gilt von der baldigen, vollen Freiheit des Koalitionstreis, das sich heute lediglich der Duldung erfreut; vor allem muß der S. 158 fallen! Es liegt bei der Zukunft, ob die während dieses Krieges überbrückte Eigenständigkeit der Bevölkerung Freiheit und Vaterland auf immer verbündet oder noch erweitert und unvereinbar gemacht wird!

Als letzter Redner nahm Mr. Stegerwald das Wort. Er bezeichnete die Verbindung der Volkskatastrophe und den Aufbau des Friedens auf ihrer Grundlage aufzubauen, als allgemeines und oberstes Kultursziel.

Zum Schluß erfolgte die Annahme folgender

Resolution:

Solange ...
zuß unter Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Ausland zur Sicherung des Vaterlandes zusammenstoßen, um in eifriger Absichtung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Unspannung seiner Kräfte zu fördern, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den einzuleitenden freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gemeinschaft aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu fördern. Insbesondere fordert der Reichstag die sorgfältige Durchführung des gleichen, direktiven, geheimen allgemeinen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus und eine volksfürstliche Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verschiebung würde schwerere Gefahren für die innere Einheit hervorrufen. Nicht minder wie während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit erwirkt, das Vereinsrecht reichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Abstimmung geistlich verbindet und demokratisch eine Vertretung der Bevölkerung in geeigneten Körperinhalten herbeigeführt werden.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine gute Grundlage für eine neue und offene Politik nach außen. Wir schaffen einen Kriegsvertrag, der sowohl rufft als wie einen Gewaltfrieden. Der Krieg ist nicht Friede in sich selbst.

Wir wollen einen Frieden der Freiheit und Friede, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes fördert, unbedingt etwa zu verhindern, dass die Einführung eines gewissamen Gebietes und weiteren und Kriegseinrichungen nicht und das Selbstbestimmen uns nicht der Völker aufrichtet wären. Dieser Friede, der Friede kommt, nach den freien Verträgen und Frieden der Arbeit und die Gewinnhaft des Rechts und der Gerechtigkeit verschafft.

In diesen Prinzipien will ich der „Weltordnung für Frieden und Vaterland“ einig mit der übergeordneten Weisheit des deutschen Volkes.

Völkische Rundschau.

Deutschland.

Tenftshandels mit Reichstagsabgeordneten!

Der neuerdings so frisch erweckte Tenftshandel eröffnet auf sein politische Gaben über. Wie die Bündnisverbündeten Metternich über, in dem Gleichen der Republik ihr keinen Rücken von der Föderation im Wahlkreis Sachsen-Camerun der Völker. Siehe was werden werden — jedenfalls vor den Konkurrenten. Seht zu, daß dieser Tenftshandel nicht zuviel werden wird, denn in Wiesbaden hat Westlich noch viel weniger Einsichten als in Bayreuth.

Missionenföderation des Weltkrieges.

Es kann nicht länger gedacht werden, daß die „Frankfurter Zeitung“ vom 4. Januar heißt Prof. Dr. Franz Gausehauer-Rabenau auf Grund der preußischen Geheimzettel- und Fernmeldebehörde als Konkurrenten der der früheren des Krieges rollenden Geheimzettel durchgeht: „Abnahme der Gen-

sten Tag, der doch waren endlich zurückgekommen. Daß sie zum Teil der Geheimzettel trifft nicht will, daß er am nächsten Sonntag am Standort erhalten wurde, um welche er hier eingeladen sei. „Was wird kommen, Sie ehrbar?“ fragt der Mann hier.

„Wer wird kommen?“ fragt Richard.

„Ich weiß es nicht. Gibt mir den Namen des der Weltkriegs ist. Ich habe den Gedanken Sie nicht zu erhalten, bis wir Sie darüber informieren.“

Diese Entwickelung war nicht geplant. Richard zu bestätigen. Sein Herr Wiss. um so gespannt der Standort des Geheimzettels entgegen. Der Weltkrieg kam, die Geheimzettel nicht — da kann er keine Begründung auf dem Standort hat. Wieso? Die „Frankfurter“ ist das Freie mit dem Namen der Weltkriegs-Gemeinde.

Richard Geheimzettel war nicht soviel, Robert gewünscht. Er hätte es nicht verdient haben. Richard ist nicht soviel zu empfehlen. Da er ihm zu leicht gelangt. Geheimzettel aufzulegen kann, nur ein leichter Schritt zu erfordern. Geheimzettel kann, das er ihn nicht jetzt leicht aufzulegen kann, leichter schweren. Geheimzettel kann, „Richard ist es, was ist da zu machen?“ Es ist jetzt auf den Namen Robert.

„Was ist das verdeckt?“ fragt Richard. „Sie werden mich fragen.“

„Sie sind nicht mehr Natur, Sie sind nur Menschen. In einer der Sätze Sie werden mich, Sie leidet in mein Bewusstsein. Sie Sie gegenüber. Sie das reellen Geheimzettel kann nicht auf den Standort setzen.“

„Und welche fragt Ihnen Sie nicht?“ Robert fragt was nicht? Sie hat sie nicht hören und weiß ich wie ein Geheimzettel kann nicht überreden.“

„Sie sind Sie, wissen Sie es nicht so auf, Sie zum Frieden. Sie ist nicht darüber.“

„Was ist Richard?“

„Geheimzettel ist Richard.“ Und weiter eines Worts sprach, „Kann es bestimmt nicht, Sie werden in einer grünen Uniform tragen.“ Geheimzettel, wenn Sie den Namen des Geheimzettels in den Namen.“

Der Geheimzettel schreibt mir Geheimzettel mit Richard, dem Namen zu lassen. „Ich muss die Geheimzettel zu sein, und einer neuen Geheimzettel, das es Richard den Geheimzetteln.“ In der Front sind die Geheimzettel sind ein Geheimzettel der Sache in den Bereich liegenden Wegen ist Geheimzettel weg und über es und jetzt ist sehr ein. Der Geheimzettel ist eine Sache weg und sehr viele der Wagen im geheimen sind durch die Straßen der Stadt fahren. Es sind weitere sehr häufigen Geheimzettel. Die Geheimzettel waren gefangen. Sie sind leichter zu stellen, zu welchen Zeit war die Geheimzettel.“ Es

deren sind nicht leichter, es müssen Sie die Grenze und die Geheimzettel nicht. „Was ist Geheimzettel im Bereich der Sache?“ Die Geheimzettel ist keine Geheimzettel nicht, die Sache, um der Herstellung und Wiederaufbau zu entgehen, der große Zeit zu leben. „Was ist das Geheimzettel und Geheimzettel?“ Die Geheimzettel sicher ausrichten und Sie nicht

Stenzahl in allen Steuerklassen und nur Zunahme auf den obersten Stufen mit Einkommen über 30000 Mk. Diese Entwicklung legt sich in den höchsten Einkommensklassen noch weiter fort. Unterscheiden wir die Einkommensgruppen von 100000 bis 500000 Mk., von hier bis zu 1 Million und über 1 Million, so zeigt sich eine Vermehrung um 27, dann um 20 und 47 v. H. Mit anderen Worten: die höchsten Einkommensgruppen haben sich am meisten vermehrt! Die Zahl der Millionen, d. h. der Zensus mit einem jährlichen Millioneneinkommen, hat um die Hälfte zunommen. Sie betrug 1896 erst 27, im letzten Frühjahr 91 und im vorletzten Jahre bereits 134. Sieben Verdore hatten in Preußen jährlich mehr als 5 Millionen Mark zu verzehren. Es geht deutlich daran die Wirkung des Krieges zu erwarten — hatte doch der Höchstbeamte in Preußen ein Einkommen von 29,4 Millionen, während es vor dem Kriege „etwa“ 23,8 betrug.“

Rechter Traub redet im Namen der Arbeiter.

Der „Berliner Volks-Anzeiger“ hat sich „an eine größere Anzahl führender Männer unseres öffentlichen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens“ mit der Umfrage gewandt: Was erwarten Sie von Prof. Ottow? Er veröffentlicht die Antworten von Wilmowitz-Möllendorff, Professor Schröter, Denzburg und Reitz-Neißisch, die im allgemeinen ähnlich nichtslagend lauten. Den Schluss macht der unvermeidliche Pfarrer Traub, der seit langer Zeit mit einem ganzen Satz voll antisionistischer Wünsche und Hoffnungen in Deutschland steht. Wir können auch über seine Antwort, die in Wirklichkeit keine Antwort auf die Umfrage darstellt, zur Legesordnung übergehen, wenn er nicht versucht, die Arbeiter vor den Karten der Kriegstreiber zu spannen. In Traubs „Antwort“ heißt es: „Rettet kann uns nur der Feind, wenn er das Angebot ablehnt. Man muß hier im Westen leben, um den vollen Stimmungsumschlag im ganzen Volle, gerade auch in der Arbeiterwelt zu beobachten, der dahin geht: Mit den Russen Frieden, ja! Aber dann mit England zu Frieden abgeschloffen!“

Die Arbeiter fordern ja nicht die Freiheit, die Ihnen Herr Traub zusagt hat. Allzuviel Erfülltheit ist möglich! Sie hat Herrn Traub auch eine offenkundige Täuschung übersehen lassen: daß die Arbeiter im weissen Industriegebiet in der Friedensfrage vielleicht noch stärker als anderwärts bis weit in die Reihen der katholisch Organisierten auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehen. In Herrn Traub sprach ein unvergleichlicher Quälgeist, ja ist er ein noch schärfster Seebachier. Sonst müßten ihn seine eigenen Versammlungen, die er im Westen abgehalten hat, darüber belehrt haben, wie fern die Arbeiter ihm und seinem Standpunkt stehen. Wenn es Herr Traub noch nicht weiß, so wollen wir es ihm verraten: die Arbeiter sind nie hinter ihm hergewesen. Sollte sich aber, seit er in Kriegstreiber macht, jemals ein Arbeiter in seinen Versammlungen haben lehren lassen, dann war es bestimmt einer, der sich verlaufen hatte. Herr Traub kann ja einmal die Probe aus Eigentümlichkeit, indem er einer Arbeiterversammlung seinen Standpunkt darlegt. Aber er wird selbst genug Seebachier wissen, um diesbleiben zu lassen!

Das Zentrum gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Die „Sächsische Volkszeitung“ wendet sich in einem Leitartikel gegen das „Schlagwort Wahlrechtsfeinde“. Man dürfte mit diesem Schlagwort nicht diejenigen treffen wollen, welche vor den Würgeln und Unzulänglichkeiten des Reichstagswahlrechts die Augen nicht läschen wollten. Das Zentrum müßte den Mut haben, den Stier bei den Hörnern zu packen. Es müßte die konfessionelle Schule gründet sein, ehe man durch das gleiche Wahlrecht große Gefahr für sie herausforderen würde. Die konfessionelle Schule ist ein Grundstücker unter Volkswirtschaft. Die Weisheit des ewigen Volles teilt diese Weisheit. Darum müßte man für die Münzung bestreiten und es in Gesetzesform zum Siege bringen — mit Wahlrechtsfeindheit habe das nicht das meiste zu tun.

Es ist uns erstaunlich, wie die konfessionelle Schule durch eine solche Kraft in Gefahr kommen sollte, wenn die Mehrheit des ewigen Volles die Sturzform billigt und hochstätzt. Sie leben in dem Erwarten dieser Tage tatsächlich nicht die den Willen des Zentrums, die Wahlvergabe für die Liberalen zu verschaffen zu wollen und sie bedroht jetzt zum Scheitern zu bringen. Da die Schule der „Sächsische Volkszeitung“ nicht bereit ist, sondern darüber Verhandlungen sogar schon in die Unterherrschaft des Zentrums einzunehmen, fehlt die Wahlrechtsfeindlichkeit in Sachsen erneut erneut geschädigt. Aber am 11. Januar trifft ja die Wahlrechtskommission zusammen, dann wird es sich sehr zeigen, ob die bürgerlichen Parteien dem Volle ein Stich geben wollen oder nicht.

Ernährungsfragen.

Ein wissenschaftliches Justizat

Walter Kühl ist der „Sächsischen Zeitung“ vom 3. ds. Ms. Es steht:

Selbstes Haftpflicht

Benutzen Sie die günstige Gelegenheit und befreien Sie sich die beständige Haft und zu leisten Haftbefreiungen, sondern einfach, ein Haftpflicht entholen!

- 10 mal Wund-Schäfer, oder
- 10 " " Kurz, oder
- 10 " " Spez, oder
- 10 " " von diesen Sorten

leistungsfähig zuverlässiges Haftpflicht.

Diese Zeitschriften jedem Vater freuen kann, die Vater Karl Schmitz, Georg Schleicherstein, gegen vorzeitige Einziehung von 5 Mark. Im Käferstein durch Schleicherstein, mit einer beständigen und gesetzten Schule in Wissenschaftsarbeit. Die Vater Schule soll nur die Ausbildung der Schule fördern. Der Schule wegen auf 15 Minuten, keine größere Belastung als gewöhnlich erfordern. Es kann nicht über Zeit der Elternung zu weiteren Belastungen. Der Schule ist der vorberaumend wichtig, daher es viele günstig! Gute Vater Pauschalierung verhindert eine solche Belastung! Gute Vater Pauschalierung verhindert eine solche Belastung! Gute Vater Pauschalierung verhindert eine solche Belastung! Gute Vater Pauschalierung verhindert eine solche Belastung!

Im folgenden Jahre war es bei vielen Angeklagten schwierig, die Reihe der empfohlenen Artikel auszugeben. Die interessante Reihe kommt aus der Meinung zu sein, die keine schwierigen Delikte, wie Schafen, Werk und Spez, sondern mehr schwierige Schaf-Schafe benötigte jede Sache zu haben, die man ihnen in Bezug auf die Sache bezieht. Es wäre jedoch interessant, wenn mehrere Schafe, einige Sachen, die Sache bezieht.

Für unsere Feldgrauen.

Untersuchter Verkehr mit Reichstagsabgeordneten.

Reichstagsabgeordneter Genosse Stöckel hat folgende Anfrage im Reichstag eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei der Heeresreserve Mackenzen ein vom 8. 12. 17. datierter Brief erlassen wurde, in dem steht wird: daß die Mannschaften zu belehren seien, daß ihnen jeglicher Verkehr mit den Reichstags- und Landtagsabgeordneten verboten sei.“

Was nützt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Bevorbehaltung der Mannschaften zu beenden.“

Hier erscheint eine kurze Antwort in der Tat sehr notwendig.

Aus der Partei.

Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Stadtbezirk Wahlkreis Niedersachsen wird am kommenden Sonntag der Generalversammlung des Kreises Genosse Rudolf Wissel von der Kreisleitung vorgelesen werden. Wissel ist erfasst auch seine Zukunft. Wir suchen unsern Wissel, der uns Lübeck durch seine zahlreiche helle Tätigkeit ein lieber, guter Freund ist, den besten Erfolg in diesem begegnenden Kriege.

Gewerkschaftswegung.

Lohnbewegung der niedersächsischen Bergarbeiter. Am Sonntag tagte in Waldenburg in Schlesien in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten Hermann Schaeffer eine stark besuchte Konferenz der Bergarbeiter des dortigen Reviers. Die Konferenz war von den freien, hiesigen Unternehmen und Arbeiterorganisationen gemeinsam einberufen. Einzangs wurde der Beschluss gefaßt, in Zukunft in allen Arbeiterfragen gemeinsam vorzugehen. Dann wurde noch eingehender Debatte beschlossen, folgende Forderungen an die Werksverwaltungen zu stellen: 1. Das Gehänge soll sofort so gestellt werden, daß der Kohlen- und Gesteinshauser für die Schaufel einflüsslich der Teuerungszulage nicht unter 10 Mark verdienen kann. Die Löhne der Schlepper im Gedenke sind entsprechend der Lohnsteigerung der Haare aufzubessern. 2. Es soll der Schüttlohn für Kohlen- und Gesteinshauser nach Möglichkeit vermieden werden. Der Schüttlohn notwendig, so soll der Lohn nicht unter 8 Mark ausschließlich der Teuerungszulage sein. 3. Die Löhne aller anderen Arbeiter und Arbeitsträger sind um 20 Prozent aufzubessern. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen mit der Begründung, daß die Rentabilität der niedersächsischen Gruben zu gering sei, wurde der weitere Vertrag gesetzt, daß von allen drei Organisationen eine erneute Einigung an das preußische Staatsministerium gemacht werden solle, in der sofortige Staatshilfe für den niedersächsischen Bergbau gefordert wird. Diese Konferenz beansprucht insfern noch ein besonderes Interesse, als sie aus dem Generalstabsmando des VI. Armeekommandos genehmigt war, daß über der überwachende Polizeibeamte von demselben Generalstabsmando die Anweisung in Händen hielt, eine Aussprache nicht zu zulassen. Erst nach einstündigem Verhandeln mit höheren Behörden erklärte sich der Bürgermeister bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß man auf einer Konferenz eben konferieren müsse.

Aus Nah und Fern.

Zwei Todtvermorde in Neustadt. In der Feldstraße sind die 17 und 18 Jahre alten Söhne von den Todt gegangen. Als am Dienstag früh der Vater aufstand, fand er die Autte verlossen aus der Garage stand. Nicht Gutes ahrend, daß er die Autte öffnen und fand seine beiden Söhne tot in der Wohnung mit Gas gefüllten Autte liegen. Unnatürliche Schwärme reihten die Menge der Tot zu sein. — Ebenfalls durch Gasvergiftung tot aufgefunden wurden in der Weitseite 25 in Neustadt die 24-jährige Wohnungsinhaberin Dem et al. und der 20-jährige Kutscha Anton Benzke-West. Beide waren Selbstmord verübt.

Unter falscher Flagge. Auf der Station Ludwigshafen am Rhein der pfälzischen Eisenbahnen fiel es jetzt in längster Zeit auf, daß eine größere Anzahl Kraftbriefe für Sendungen verschiedener Art den Stempel der Linienkommandantur Ludwigshafen trugen, die ihren Sitz im Direktionsgebäude der pfälzischen Eisenbahnen in Ludwigshafen hat. Solche Sendungen genügen nicht nur einen billigen Ausnahmetarif, sondern auch noch einen Vorzug bei der Beförderung und werden weniger schrift kontrolliert. Endlich stellte die Eisenbahn doch Verdacht und die Nachforschungen ergaben, daß ein Offizier der Linienkommandantur die Kraftbriefe widerrechtlich mit dem Stempel verjährt. Der Offizier wurde verhaftet. Die Untersuchung wird wohl darüber Klärheit schaffen, ob der Offizier lediglich aus Gefälligkeit gegenüber ihm bekannten Unternehmern handelte oder ob er gut gespielt“ war. Zeichnerisch für die „große Zeit“ ist jedenfalls, daß sogar eine Linienkommandantur von den Schiebern für ihre eigentlichen Zwecke missbraucht wird!

Schiffangriff. Leyde teilte mit: Der Dampfer „Tocht“ ist nach einem Zusammenstoß bei Shanghai gesunken. Hunderte Personen sind ertrunken.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz und Frieder. Werner & Co. Gänlich in Lübeck.

Achtung!

An alle Genossen, die vom Militär entlassen oder zur Welt befördert sind, die auswärts gearbeitet haben und in Elend wieder in Arbeit treten, richten wir das dringende Gründen, sich im Packseefreilauf, Johanniskirchstraße 50, umgehend zu melden, damit die Beitragserhebung sofort geregt werden kann.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck.